

# Der neue Chef bemüht das alte Steuerversprechen

Wie all seine Vorgänger will auch der neue ÖVP-Chef Sebastian Kurz die Steuerquote auf weniger als 40 Prozent senken. Dabei zeigt der Vergleich: Eine hohe Abgabenlast muss Staaten nicht zwangsläufig hemmen.

Gerald John



Will zwölf bis 14 Milliarden einsparen: Sebastian Kurz.

Foto: BMEIA / Dragan Tatic

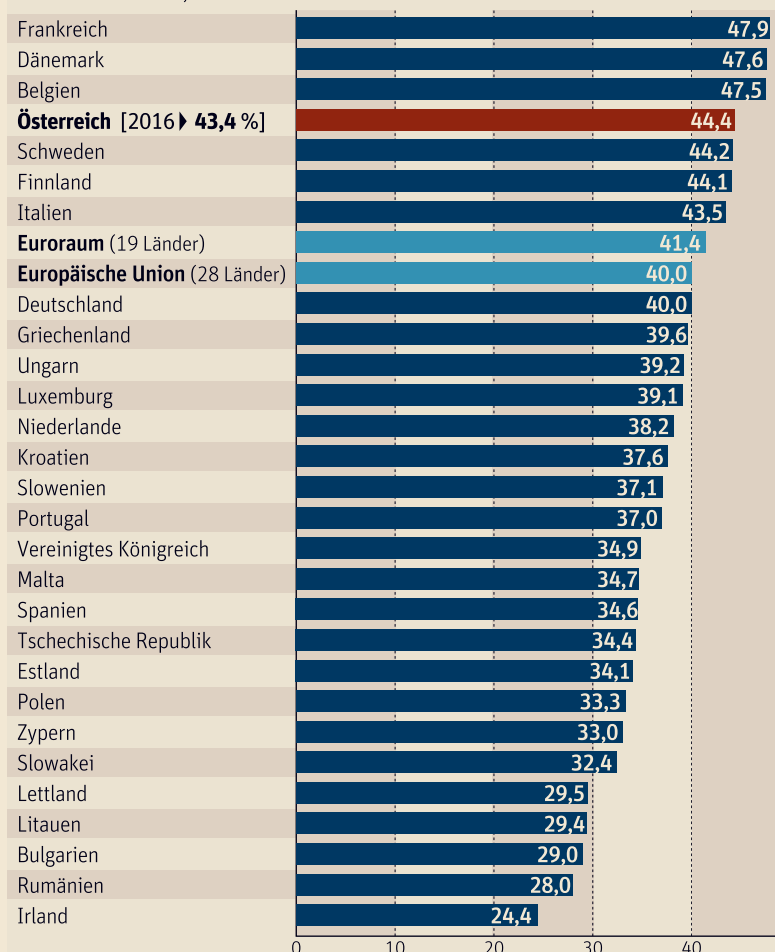
steuer brachte im Vorjahr wieder einen Einbruch auf 43,4 Prozent.

Im EU-Vergleich ist Österreich damit ein Hochsteuerland: Laut Daten der Statistikbehörde Eurostat liegt die Quote nur in drei Ländern höher (siehe Grafik).

Doch ist das schlecht? Stimmt es, dass die hohe Gesamtlast Österreich hemmt? Es gebe keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf der einen und dem Niveau der Steuer- und Abgabenquote auf der anderen Seite, sagt Wifo-Expertin Margit Schrat-

## Steuern und Abgabenquote in der EU

in Prozent des BIP, 2015



Verwendet wird der Indikator 4, d. h. Steuern und Sozialbeiträge einschließlich freiwilliger und unterstellter Sozialbeiträge, Einnahmen des Staates und der EU

Quelle: Eurostat, Statistik Austria

DER STANDARD

schon auch Spielraum für eine generelle Abgabensenkung ohne wichtige Leistungen beschränken zu müssen. Die Bereiche, wo Fachleute Einsparungspotenzial sehen, reichen vom Förderdschungel über das Gesundheitssystem bis zum föderalistischen Wirrwarr im Allgemeinen.

Vom Bürokratieabbau hat Kurz im Interview gesprochen – und von „fehlgeleiteten Sozialleistungen“. Was damit gemeint ist? Zur Konkretisierung lieferte sein Büro den Hinweis, dass jede dritte Kinderbeihilfe und in Wien jede zweite Mindestsicherung an ausländische Staatsbürger gehe.

Ein Vergleich der Dimensionen: Im Vorjahr gab Österreich knapp 4,4 Milliarden Euro für die Familienbeihilfe aus, davon flossen 273 Millionen an im EU-Ausland lebende Kinder – diesen Teil wollte die ÖVP bislang einschränken. Wien gab im Vorjahr insgesamt 626 Millionen für die Mindestsicherung aus. Will Kurz die Steuer- und Abgabenquote auf unter 40 Prozent senken, muss er aber aufs Jahr gerechnet – wie er selbst ankündigte – zwölf bis 14 Milliarden an Staatsausgaben einsparen.

## Verbündete FPÖ und Neos

Koalitionspartner dafür bieten sich – zumindest in der Theorie – an. Auch die FPÖ und Neos propagieren das 40-Prozent-Ziel. Einzige Parlamentspartei, die keine niedrigere Steuern- und Abgabenquote fordert, sind die Grünen.

Die SPÖ hingegen hat das Ziel prinzipiell schon im Programm, allerdings ohne Richtwert. Christian Kerns Plan A verheißt eine Lohnnebenkostensenkung, die jedoch durch eine Erbschaftssteuer und andere Einnahmen größtenteils gegenfinanziert werden soll. Insgesamt würde die Steuerlast um eine halbe Milliarde sinken.

Konkurrent Kurz geht bereits auf Tour, um für seine Pläne zu werben: Für das erste seiner „Österreich-Gespräche“ besucht er am Dienstag eine Tischlerei in Obersdorf im Weinviertel.

Kommentar Seite 20

zenstaller. Unter den Hochsteuerländern finden sich wirtschaftlich schwächelnde Nationen wie Frankreich, Italien und Belgien ebenso wie die höchst potenten skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden.

Entscheidend sei vielmehr, worauf die Steuern eingehoben werden, sagt Schratzenstaller und sieht da schon ein spezifisch österreichisches Problem: Hohe Sozialbeiträge und andere Lohnnebenkosten machen Arbeit verhältnismäßig teuer – was nach Ansicht der Expertenschaft die

Schaffung von Jobs hemmt. Doch um dieses Problem zu lösen, müsste die Regierung nicht zwangsläufig die Abgabenquote insgesamt senken, sondern könnte sich die Einnahmen aus anderen Quellen zurückholen: Schratzenstaller empfiehlt eine „Um-schichtung auf wachstumsfreundlichere Steuern“ und denkt an die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer, eine Erhöhung der Grundsteuer sowie den Ausbau diverser Umweltsteuern.

Weil der Staat aber ineffizient wirtschaftet, sieht Schratzenstaller